

SPD ruft auf zum „Bildungsaufbruch“

Landespolitik: „Bildungsaufbruch in Baden-Württemberg“ heißt die im April 2007 gestartete Kampagne der SPD. In 10 Leitthesen werden Grundzüge einer sozialdemokratischen Bildungspolitik beschrieben und in so genannten Bildungsclustern konkrete Maßnahmen benannt.

Infos zur Kampagne „Bildungsaufbruch in Baden-Württemberg“ im Internet: <http://bildungsaufbruch.ba-wue.spd.de/>

Infos zu bildungspolitischen Positionen der GEW Baden-Württemberg: <http://www.gew-bw.de>

In der Auftaktveranstaltung zu dieser Initiative forderte die Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg, Ute Vogt, im Stuttgarter Plenarsaal ein Ende der Modellprojekte mit den permanenten „Experimenten am lebenden Kind“. Da Modellprojekte in Baden-Württemberg trotz oft guter Erfahrungen und Ergebnisse nur selten in die Fläche überführt würden, kommt es nach Auffassung Vogts einem Lotteriespiel gleich, ob ein Kind in Baden-Württemberg in den Genuss guter und progressiver Bildung kommt oder nicht.

Die SPD Baden-Württemberg spricht sich im Rahmen ihrer Kampagne nun deutlich für 10 Jahre gemeinsames Lernen und für gebundene Ganztagschulen an allen Schularten aus. Die Verlängerung der Grundschulzeit auf sechs Jahre und die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen wer-

den dabei offensichtlich als mögliche Zwischenschritte akzeptiert.

Regional- statt Gemeinschaftsschule

Sinnvoll wäre es allerdings, wenn der Schultyp integrierter Haupt- und Realschulen nicht als „Gemeinschaftsschule“ bezeichnet würde, weil dieser Begriff erstens bereits durch die Integration von Haupt-, Realschulen und Gymnasien besetzt ist und zweitens auch verschleiert, dass im Zwei-Säulenmodell mit separaten Gymnasien das Ziel einer echten „Gemeinschaft“, nämlich einer Schule für alle, noch nicht erreicht ist. Hier ist der Begriff „Regionalschulen“ besser geeignet. Er stellt implizit den Aspekt der wohnortnahen Bereitstellung des Schulangebots in den Vordergrund und nicht so sehr die pädagogischen Argumente der Integration. Den pädagogischen –

und sozialpolitischen – Grenzen einer Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen unter Ausschluss der Gymnasien wird diese Bezeichnung eher gerecht.

Mit dem „Bildungsaufbruch“ legt die SPD nach eigenen Angaben kein fertiges Bildungskonzept vor, sondern möchte Anstöße zu einer Debatte über Inhalte und Art des Lernens geben. Die Bekämpfung der Bildungsarmut ist erklärtes Ziel der Initiative. In 10 Leitideen werden die Grundsätze sozialdemokratischer Bildungspolitik dargestellt: mit den Forderungen nach einem breiten Bildungsverständnis, das die Trennung formeller, nicht-formeller und informeller Bildungsprozesse überwindet, nach der Verhinderung früher Auslese, nach der Durchsetzung von Chancengleichheit und nach einer tabufreien Diskussion der Schulstrukturen finden sich bildungspolitische Leitsätze, die den

Nichts rechtfertigt die Dreigliedrigkeit

Schulwesen: Den Bildungsaufbruch der SPD unterstützt der Hamburger Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Peter Struck. Für ihn gibt es in der Bildungslandschaft Baden-Württembergs noch viel zu tun.

b&w: Es heißt ja immer, die Begabungstheorie sei überholt, aber die Hartnäckigkeit, mit der die Konservativen am Dreigliedrigen Schulsystem festhalten, lässt an dieser Behauptung erhebliche Zweifel aufkommen. Wie sehen Sie das?

Prof. Struck: Niemand ist Hauptschüler, wenn er in die Hauptschule kommt. Wenn er aber drei Jahre in der Hauptschule war, ist er wirklicher Hauptschüler! In Integrierten Haupt- und Realschulen kommt die Hälfte der hauptschulempfohlenen Schüler zum Realabschluss.

Aus der Sicht der Hirnforscher gibt die Dreigliedrigkeit keinen Sinn,

denn – wie die Finnen sagen – jedes Kind ist und hat eine „unebene Lernlandschaft“. Mit Handeln und Fehler machen dürfen, mit Erklären des zu Lernenden der Schüler untereinander, mit dem Ansprechen des zu Lernenden, mit der Verknüpfung des Lernens mit Bewegung, Rhythmus, Reim, Takt und Chorsprechen, mit „szenischem Lernen“, also dem Einschalten mehrerer Lernkanäle zugleich beim Lernen, mit Präsentation des Gelernten und mit einer direkten Entwicklung der rechten Hirnhälfte von außen mit dem Emotionalen, Musischen, Kreativen, Kom-

munikativen und Sozialen können auch die Jungen wieder mit den Mädchen Schritt halten, können auch hauptschulempfohlene Schüler zum Abitur kommen, vorausgesetzt, das Lernen wird rhythmisiert und wir schaffen Ganztagschulen. Der Wirtschaftsstandort Deutschland kann es sich nicht länger leisten, die schwachen und schwierigen Schüler schon mit 11 Jahren von den mitreißenden Effekten der Guten abzukoppeln und ab dann in Hauptschulklassen im eigenen Saft schmoren zu lassen. Was sollen sie dann voneinander Positives lernen?

Positionen der GEW sicher sehr nahe stehen.

Hervorzuheben sind darüber hinaus zwei Aspekte: Das Bekenntnis zur öffentlichen Verantwortung für das Bildungswesen, das einerseits die Notwendigkeit der sozialstaatlichen Gestaltung sieht, andererseits aber auch die Zusammenarbeit mit privaten Institutionen und Akteuren fördert. Ohne staatliche Rahmung kann das Ziel einer höheren Chancengerechtigkeit nicht erreicht werden, ohne die Zusammenarbeit öffentlicher und privater Initiativen verliert der Staat womöglich die Bedürfnisse der Menschen aus dem Blick.

Ein zweiter Aspekt ist die Forderung, das Ehrenamt nicht zu missbrauchen: Der große Stellenwert, den die Landesregierung dem Ehrenamt u.a. bei der Umsetzung der Ganztagschulen beimisst, steht im Widerspruch zur „ergänzenden Funktion“, die z.B. Jugendbegleiter an den Ganztagschulen eigentlich haben sollen.

Ob allerdings die in These 8 unterstellte „Wirksamkeit von Autonomie und Evaluation“ unwidersprochen bleiben kann, darf bezweifelt werden. Bislang gibt es, trotz aller Beschwörungen der segensreichen

Wirkungen von Autonomie, noch keine fundierten Belege für den Zusammenhang von Bildungserfolg und schulischer Autonomie. Hier ist genauer zu definieren und zu diskutieren, in welcher Breite und Tiefe mehr Eigenständigkeit im Bildungsbereich verankert werden soll.

Zeitschiene festlegen

Innerhalb der GEW dürfte auch die Aussage der Kampagne zu den vollzeitschulischen Ausbildungsgängen umstritten sein: Die SPD möchte zwar eine Ergänzung zum dualen System der Berufsausbildung unterstützen und begrüßt eine „offensive Nutzung des novelierten Berufsbildungsgesetzes“, lehnt jedoch ein „Ersatzsystem zum Dualen System“ ab. Es bleibt unklar, welchen Stellenwert die vollschulischen Berufsausbildungsgänge letztlich haben sollen.

Otto Herz, Reformpädagoge und Diplom-Psychologe aus Bielefeld, mahnte bei der Auftaktveranstaltung im Landtag an, für die von ihm durchweg positiv bewerteten Ziele des „Bildungsaufbruchs“ eine klare Zeitschiene zu entwickeln. Eine festgelegte Vorstellung darü-



GEW-Landesvorsitzender Rainer Dahlem und SPD Spitzenkandidatin Ute Vogt beim Start des SPD „Bildungsaufbruchs“.

ber, wann welche Ziele erreicht sein sollen, stellt aus seiner Sicht eine Motivation und eine Orientierung für die Umsetzung dar.

Das Ziel der SPD, mit dem „Bildungsaufbruch“ eine gemeinsame Bewegung zu initiieren, die u.a. auch eine Plattform für die Vernetzung bereits bestehender regionaler und lokaler Aktivitäten sein kann, ist uneingeschränkt zu begrüßen. In Baden-Württemberg bedarf es angesichts der geradezu ignoranten und von wissenschaftlichen Erkenntnissen und gesellschaftlichen Entwicklungen unbeeindruckten Landesregierung ein breites und starkes Bündnis für eine andere, eine soziale und den einzelnen Menschen wertschätzende Bildungspolitik. Hier kann der „Bildungsaufbruch“ wertvolle Impulse geben.

Ute Kratzmeier

b&w: Kultusminister Rau ist für Baden-Württemberg mehr denn je überzeugt, dass die Hauptschule ihren festen Platz hat. Können Sie, Herr Struck, uns eine seriöse Studie nennen, die die Dreigliedrigkeit unseres Schulsystems irgendwie sinnvoll erscheinen lässt?

Prof. Struck: Es gibt keine einzige seriöse Studie, die die Dreigliedrigkeit rechtfertigt. Der UNO-Bildungskommissar Munoz hat deshalb unlängst Deutschland die Dreigliedrigkeit als Versagen vorgeworfen.

b&w: Was müsste – angesichts der baden-württembergischen Schulstruktur – hier passieren, um die Probleme des gegliederten Schulsystems zu überwinden?

Prof. Struck: Man müsste wie in Schleswig-Holstein und Berlin die Grundschule auf neun Jahre verlängern, also die „Gemeinschaftsschu-

le“ ohne Sitzenbleiben aber mit flexiblen Phasen, in denen Schüler jahrgangübergreifend unterschiedlich lange bleiben, einführen. In Schleswig-Holstein hat sogar die CDU dem zugestimmt!

b&w: Die Lehrerbildung steht bundesweit auf dem Prüfstand. Was sind aus Ihrer Sicht die dringendsten Reformen?

Prof. Struck: Wir brauchen in Ergänzung zu den Fachlehrerstudien ein grundständiges Klassenlehrerstudium. Künftige Lehrer müssen Erziehungshelfer gegenüber Eltern sein können, Lernberater gegenüber Schülern und Manager der Beschaffung sinnvoller Lernaktivitäten. Sie brauchen diagnostische und therapeutische Kompetenzen gegenüber Hyperaktiven, Hochbegabten, Legasthenikern, Dyskalkulikern, Kindern mit Hörkortextproblemen. Sie müssen

Experten der Gewalt- und Suchtprävention sein, etwas von Hirnforschung verstehen und „zugehende“ bzw. „aufsuchende“ Pädagogik gegenüber Eltern (Hausbesuche, Elternstammtische mit Erziehungsthemen) beherrschen.

Sie müssen vom 1. Semester an studienbegleitend einer Klasse zugeordnet werden (Theorie-Praxis-Verknüpfung). Erzieherinnen brauchen ein Universitätsstudium, wie in Bremen und Niedersachsen jetzt eingeführt.

b&w: Baden-Württemberg hat innerhalb der BRD bei PISA ganz ordentlich abgeschnitten. Können wir uns beruhigt zurücklehnen?

Prof. Struck: Baden-Württemberg hat noch schlechter abgeschnitten als die schwächste kanadische Provinz Neu Braunschweig. Kanada war PISA-Vizeweltmeister bei PISA 1.